

Die Not in Breslau.

Das statistische Amt der Stadt Breslau hat eine Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt „Die Not in Breslau“. Alle alle Erzeugnisse der amtlichen und bürgerlichen Statistik beruhen auf dieser Schrift aus einer Anzahl von Jahrgängen, die dem Arbeiter beweisen sollen, daß es ihm gar nicht so schlecht geht, und die dadurch Streiks verhindern soll. Wir greifen, um das zu beweisen, eine Tabelle aus dieser Broschüre heraus, die die Steigerung der Löhne und der Lebenshaltungskosten feststellt.

Jahr	Lebenshaltung einschließlich Bekleidung	Lohn eines ungelehrten Stadtarbeiters
1914	1	1
April 1922	81,48	27,0
Januar 1923	1013	892,2
Juli 1923	24567	83748
August 1923	291273	761780
September 1923	10818412	17118155

Hiernach lebt der ungelernte Stadtarbeiter heute: 17 mal so gut als in der Vorkriegszeit! Es erübrigt sich, die Unwahrscheinlichkeit und Unsinnigkeit dieser Behauptung eigens nachzuweisen. Jeder Prolet kann an seiner eigenen Lebenshaltung erkennen, wie sehr er heruntergekommen ist.

Aber nicht aus diesem Grunde gehen wir auf die Broschüre ein. Gerade weil der Zweck der statistischen Schrift ist, die Lage des Arbeiters richtig zu schildern, als sie in Wirklichkeit ist, werden die Stadtschreiber, die sich in dieser zu Gunsten der Kapitalistenklasse gerichteten Statistik aufzuputzen sind, um so erschreckender und bewirklarer.

Erwerbslosenzahlen.

Nach der amtlichen Statistik erhielten Ende 1923 7,5% aller Einwohner Breslaus Unterstützung seitens des städtischen Wohlfahrtsamtes. Die Zahl der von der Erwerbslosenerlösbare Unterstützung betrug 12%. D. h. fast 20% der Gesamtbevölkerung waren unterstützte Erwerbslose. Bedenkt man, daß nur ein Bruchteil der Erwerbslosen von der Fürsorge und vom Wohlfahrtsamt erfaßt werden, dann erkennt man erst, welches Erwerbslosentum die Breslauer Massen beherbergen. Denn die Unterstützungslage, die die Erwerbslosen erhalten, reichen gerade zum Überleben aus. Die ganze Erwerbslosenfrage ist ein besonderes Kapitel in den „Tausend Jahren sozialdemokratischer Wahrheit in der Breslauer Kommune“, nur verzögert es die „Wohlfahrt“ in der neunten Spalte, die sie ihrer Kommunepolitik widmet, zu behandeln. Darüber hinaus erhielten 21000 Haushaltungen, also ein Sechstel der Gesamtzahl, Freigang oder Beleuchtungsbeihilfe. Das sind Zahlen, zu denen man keinen Kommentar zu machen braucht.

Wohnungsnot.

Jahr	Wohnungen	Einwohner	Auf eine Wohnung Einwohner
1905 (Vollzählung)	121.955	473.904	3,93
1913 Ende Dezember	140.285	543.426	3,87
1918	141.491	597.215	3,39
1923 „ September	146.493	559.747	3,82

Aus den Zahlen geht hervor, daß im Verhältnis 1923 mehr Wohnungen vorhanden waren als 1905 oder 1913. Weshalb reidet man denn nun einer Wohnungsnot? Darauf gibt die Schrift folgende Antwort:

„Der Breslauer Arbeiter wohnt von je sehr eng, viel zu eng“ (S. 7). Infolge der hohen Mieten konnte er sich eine kleine menschenwürdige Wohnung leisten. Jetzt aber, bei den lächerlich niedrigen Mieten, „kann es eben niemanden einfallen, freiwillig umzuziehen, weil ihm keine Zimmer etwas zu groß geworden sind“ (S. 9). Nach Ansicht des Verfassers können

diese die Grundursache der Wohnungsnot zu sein. Auf deutsch gesagt heißt es: Die 41496 Ende 1923 vorhandenen Wohnungen, von denen nur 17 bestreut werden konnte, hätten sofort alle Wohnungen — sobald die Mieten dementsprechend erhöht werden — von den zur Beschlagnahme geeigneten Pausenwohnungen wird in der Schrift nichts gesagt. Mit anderen Worten:

Milch und Fleisch.

Die Tagesmenge der nach Breslau eingeführten Vollmilch betrug: 1909 — 127.303 Liter, 1919 Juli — 50.022, 1920 Juli — 55.647, 1922 Juli — 83.602, 1923 Juli — 63.378, 1923 Oktober — 49.974, 1923 November — 48.279, 1923 Dezember — 49.891. Mit Recht bemerkt der Verfasser hierzu: „Nach dem Kriege hatte Versorgung und Verzehr wieder etwas zugenommen. Aber seit 1921 ist beides stetig gesunken. Darnach kann man doch nur schlüssen: es gibt immer noch Leute genug, die die teurere Butter bezahlen können, die große Masse aber kann die Milch für ihre Kinder nicht mehr erschwingen.“

Von dem auf dem hiesigen Schlachthof ausgeschlachteten Fleisch entfiel auf den Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

Jahr	Rindfleisch	Pfl.-Fleisch	Schweinefleisch	Schaf- und Ziegenfleisch	Gesamt
1918	16,3	4	28,5	1,2	46,0
1921	12,9	2,6	10	1,2	26,7
1922	11,0	2,6	6,6	0,8	21,0

Zugenommen hat also nur der Konsum an Pferdefleisch. Im übrigen fehlt die Angabe über den Konsum von Hunde- und anderem Fleisch, der ebenfalls gestiegen ist. Wenn man berücksichtigt, daß die bestehenden Schlachten ihren Fleischkonsum vergrößert haben, so ist der Fleischverbrauch in Wirklichkeit bedeutend geringer, als es in den Zahlen ausgedrückt ist.

Der Mittelstand.

Am härtesten getroffen durch die Inflation wurden die Kleinrentner. Nicht bloß die, die sich für ihr Lebensende einen Pfrügel erwirkt hatten, sondern auch die freien Beamten. Der Mittelstand, der über keine Kampforganisation verfügt und aus einem jährlichen Ständebündel heraus oft die Verbindung mit der hassenbewußten Arbeiterklasse und ihren Kämpfen abkühlt, wird von der Großbourgeoisie vollends zermalmte. Die 3. Steuernotverordnung, die die Aufwertung der Hypotheken zu ihrem vollen Wert unterjagt, nahm den Mittelständler ihre letzten Spargrößen. Genauere Zahlen fehlen hier leider in der Schrift.

Wo ist die Rettung?

Der Herr Direktorialassistent Dr. phil. Ernst Kieserlich veröffentlicht nicht nur statistische Zahlen, sondern sucht auch nach Abhilfe:

„Sehr gut!“, höre ich meinen Leser sagen, dafür müßten die Schritte herangezogen werden. Aber an die Schritte denken wir hier nur wenig. Denn bei näherer Nachfrage stellt es sich immer heraus, daß es — die ändern sind. Wir denken an die, deren Einkommen alle 14 Tage und dann Woche für Woche geüben ist an die, deren Spinnwebhände und Gewerkschaften stets wieder Aufstellungen durchgehen konnten (!!), oder die die Preise in ihren Warenlagern neu auszeichnen, so oft es ihnen paßt (S. 27).

Ueber die Verdrängung des Unternehmer-Einkommens ist tatsächlich nichts bekannt (S. 17).

Wohl können wir die Kleinrentner der Aktiengesellschaften. Aber da wir nicht beurteilen können, wie viel sie von ihren Einkünften zur Erhaltung ihres Betriebskapitals verwenden haben, beizugeben sie eigentlich nichts. Die Dividenden, die im Reich ausgezahlt wurden, sind sehr zusammengeklumpt. Denn sie hätten auf das 500fache wachsen müssen, wenn sie den alten Geldwert behalten sollten. (S. 19.)

Die Not der Unternehmungsbedürftigen konnte also deshalb nicht gelindert werden, weil die Breslauer Stadtpäter die Arbeiter, denen die Gewerkschaften 14 tägige Lohn-erhöhungen

bekannteren, zu wenig besteuerte, weil sie an die Erfassung der Schiebergewinne nicht dachte. — denn es gab keine Schieber in Breslau, weil ihnen das Einkommen der Unternehmer nicht bekannt waren und weil die Aktienbesitzer mit hungen müßten — denn die Dividenden hätten auf das 500fache steigen müssen. Noch deutlicher konnte Herr Kieserlich die Ursachen der Breslauer Not nicht aufdecken.

Zusammenfassung.

Die Schrift „Breslau in Not“ ist wert, gelesen zu werden. Gerade dadurch, daß sie trotz ihrer bürgerlichen Einstellung, trotz ihrer Absicht, die Lage der Werktätigen besser darzustellen als sie ist, wider ihren Willen das furchtbare Elend in Breslau enthüllt und damit die Halbheit, Ohnmacht und Sinnlosigkeit der bisherigen sozialdemokratischen und bürgerlichen Politik bloßlegt, ist sie beweiskräftiger als die beste kommunistische Statistik und anklagender als die schärfste Anklageschrift unserer Partei. Die Hilfsmittel, die der Verfasser anpreist, sind dieselben, die das bisherige Elend nicht beseitigt, sondern vermehrt haben. Helfen können hier nur diktatorische Maßnahmen der Arbeiterklasse, Beschlagnahme der Willen, der Lebensmittellieferanten, der Riesenvorräte und der Produktionsmittel. Dieser Kampf wird nicht auf dem schlüpfrigen Boden des Parlaments ausgefochten werden. Nur die proletarische Revolution kann jene tiefe Umwälzung herbeiführen und sichern, die den Werktätigen eine menschenwürdige Existenz gibt.

Eberts Tränen über den Tod von Stinnes.

Der Reichspräsident Friedrich Ebert hat anlässlich des Todes von Hugo Stinnes seiner Witwe folgendes Telegramm übersandt:

„Zu dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls spreche ich Ihnen, verehrte gnädige Frau, und Ihren Kindern namens des Reichs herzlichste Anteilnahme aus. Das deutsche Wirksamkeit verlor in Hugo Stinnes einen seiner tatkräftigsten Führer, dessen unermüdete Arbeit durch den zu frühen Tod jäh unterbrochen wurde. In schweren Zeiten hat der Verstorbenen dem Reich seinen erfahrenen Rat nie verlagert. Sein Wirken und seine aufrichtige Persönlichkeit sichern ihm ein ehrendes Gedenken. Seien Sie, gnädige Frau, auch meines aufrichtigen Beileids gewiß.“

Reichspräsident Ebert.

Die Literatur zur Reichstagswahl!

Soeben erschienen:

DAS MASS IST VOLL

Not und Kampf der Arbeiterinnen
Von KÄTE POHL

64 Seiten — 30 Mark

ZEHN JAHRE SOZIALDEMOKRATIE

Was die VSPD über sich selber sagt

Eine Sammlung von Dokumenten, Zitaten und Aussprüchen von Sozialdemokraten
96 Seiten — 60 Mark

EBERT ODER LENIN?

Der Bankrott der sozialdemokratischen Politik
Von KÄTE POHL

48 Seiten — 30 Mark

Zu beziehen durch die kommunist. Buchhandlungen oder direkt von der
Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten
6. m. b. H. Berlin SW 61

DIE REBELLEN

25 Von P. E. Dybenko.
(In Buchform erschienen im Verlag für Literatur und Politik, Wien.)

Kerenski muß auch Kosaken wieder zu Gendarmen machen, und das heißt das ganze Volk und Heringswasser auf sich laden.“

Einige Offiziere rufen aus:
„Und die deutschen Ermine in einer Regierung — Lenin und Trotzki?“

„Aber die deutschen Epime haben die Macht ergriffen, sondern die Arbeiter, Bauern und Soldaten. Die Flotte hat in den Kronen-Gebieten der Revolution ihre Krone bewahrt, und die Flotte tritt als erste für die Sowjetmacht ein.“

Die Kosaken kühlen nach den Offizieren und murmeln: „Richtig, die Matrosen sind unsere Brüder, wir gehen mit ihnen.“

Ein Stunde später kann die Kosaken alle herbeikommen Kosaken und Offizierskinder nicht. Es findet ein Beratung statt. Gegen acht Uhr morgens ist es zu Ende. Die Kosaken sind jetzt damit einverstanden, Kerenski sofort zu verhaften, aber sie müssen sich zuerst mit ihrem Kommandeur verständigen.

Den einzigen hundert Kosaken begleitet, geht ich zum Palast. Gegen zehn Uhr verlässt sich der Kommandeur, der fast ausschließlich aus Offizieren besteht. Ich werde mich an die Kosaken.

„Glaubt man, daß es ist ein Offizierskomitee, wo sind denn die Kosaken?“

Rufe: Er hat recht!

„Es werden so viel einige Kosaken in der Kommandeur angeordnet. Frage heute ich den Kommandeur von der Notwendigkeit zu überzeugen, Kerenski sofort zu verhaften, und werde darauf hin, daß es bald geschehen ist, die Kommandeur in der der Kommandeur der Matrosen in der Kommandeur der Matrosen beginnen sollen.“

Kerenski bekommt sich. „Der Kommandeur, der Kommandeur der Matrosen, der Kommandeur der Matrosen, der Kommandeur der Matrosen.“

„Das ist ein Kommandeur der Matrosen, der Kommandeur der Matrosen, der Kommandeur der Matrosen.“

„Das Kommando wird unter den Kosaken eine wertvolle Bedeutung haben. Die Kommandeur beginnt zu lächeln. Man weiß die Kommandeur, ich sollte einen Vertrag unter-

zeichnen, in dem die Kosaken den bewaffneten Kampf gegen uns unter der Bedingung aufgeben, daß man sie, ohne ihnen die Waffen zu nehmen, nach Hause gehen lassen.“

Einestweil mußte man Zeit gewinnen, damit die Matrosen sich Garfina nähern und die Kosaken leichter überwinden können, andererseits mußte Kerenski — was beider die Stützpunkte da waren — unbedingt verhaftet werden. Offenbar sollte auch General Krassnow Zeit gewinnen, um die Ankunft der Sowjettruppen abzuwarten. Um mein Ziel zu erreichen, beschloß ich mich zu einem „taktischen“ Mittel und unterzeichnete den Vertrag.

Der Vertrag ist nun geschrieben. Es wird ein einstimmiger Beschluß gefaßt, Kerenski sofort zu verhaften. Inzwischen hatte Kerenski, der den ganzen Verhandlungen lauge, nicht den Mut, im letzten Augenblick unter den Kosaken zu erweichen und zu erklären, daß er bereit ist, an „einem Posten zu sterben, und daß er gegen diesen Posten Kosaken Kampfanten Beitrag leisten.“ Er verließ sich als Frau und sich schmückvoll, — damit der Kommandeur der Matrosen, die ihm bisher gefolgt waren, nicht aufhören, der Matrosen Kommandeur der Kosaken die ganze Nacht beobachtet hatte, teilte mir eilig mit: „Kerenski ist in Frauankleidung durch den Hof gegangen.“ Nachher erlief seine Flucht ist kein politischer Tod.

Die Kosaken, die Kerenski verhaften wollten, kamen zurück und meldeten, daß Kerenski geflüchtet sei. Die Empörung war ungeheurer, die Kosaken und Offizierskinder landeten sofort nach allen Richtungen Telegramme:

„Kerenski ist schmückvoll geflüchtet, hat uns verräterisch unseren Kommando überfallen. Jeder, der ihm begegnet, wo es auch sei, muß den Festung und Kerenski verhaften. Der Kommandeur des dritten Korps.“

Als das Telegramm abgefaßt wurde, wüßten sich das finnische Regiment und eine Matrosenabteilung den Loren Garfina. Die Truppen meldeiten ihre Abreise. Es wurde sofort der Befehl erteilt, sie durchzulassen.

In diesem Augenblick stürzte Bogomoloff atemlos in den Saal. Er sprach mit den Telegrammen, die er von Krawinkoff und dem Generalstab erhalten hatte und die das Rufen der Stützpunkte anzeigten. Er berichtete die Stimmung der Kosaken zu ändern und sie zu überzeugen, daß Kerenski nicht geflüchtet, sondern den nachdenklichen Truppen entgegengefahren sei. Aber das Vertrauen zu Kerenski's Worten war schon gebrochen. Man beschloß Kerenski's Tod, indem man ihn verhaftete. (Nicht, daß er mit Hilfe der Offizierskinder.)

Einmal herum gegen das finnische Regiment und die Matrosenabteilung in Garfina ein und zwei Kommandeure übertrugen die Kosaken und die Kosaken schon empört. Um 6 Uhr abends begann ich und der Kommandeur des finnischen Regiments des Kommandeur des Kommandeur Krassnow, er hat in-

einzig, der noch in Garfina geblieben war, — auch er mußte verhaftet werden.

Bei unserem Erscheinen erhob sich der große schöne Mann mit dem strengen ergrauenden Kopf, aus dem ruhige Augen blickten.

„General Krassnow, im Namen des Rates der Volkskommission sind Sie und Ihr Adjutant verhaftet.“

Krassnow: „Soll ich erschossen werden?“

„Nein. Wir werden Sie sofort nach Petersburg überführen.“

Krassnow: „Ich bin bereit.“

Auch Kerenski's beide Adjutanten wurden festgenommen. Den verhafteten General Krassnow brachte man im Auto in den Surlah.

In derselben Nacht beiraten sich einige Kosakenoffiziere und verhafteten die Kosaken und Offizierskinder zu einem Aufstand zu überreden. Sie wurden sofort erschossen.

Am nächsten Tage kam die Nachricht, daß die Transporte mit den Stützpunkten sich Garfina näherten. Zur Verteidigung des Places waren nur fünfshundert Matrosen und zwei Bataillone des finnischen Regiments vorhanden. Der Kriegsrat von Garfina beschloß, den Stützpunkten eine Delegation entgegenzuschicken und sie aufzufordern, sich zu ergeben.

Die Nacht verlief sehr unruhig; es trafen einige Male Meldungen ein — die Stützpunkten näherten sich. Am 3. November, um 8 Uhr morgens, waren sie nur noch fünf Werst von Garfina entfernt. Ich fuhr hin, um mit ihnen zu verhandeln. Demoffe Sivers, befehligt mit einer unbedeutenden Matrosenabteilung die Stellungen vor Garfina und stellt eine Batterie auf. In Garfina blieben zwei Bataillone des finnischen Regiments, die die Aufgabe hatten, die bewaffneten Kosaken und Offizierskinder zu bewachen. Das mit dem General Sivers vereinbarte Signal waren drei Revolvergeschüsse; sobald ich sie abgab, sollte er anfangen, die Stützpunkten mit Artilleriefeuer zu beschießen.

Nur vorher hatten wir einen großen, aber leeren Transportzug formiert, der den Surlah erreichen sollte, daß wir über genügendes Material verfügten. Mit diesem Zuge näherte ich mich den Stützpunkten. Auf unserer Kolonne steht ein Maschinengewehr mit einigen Matrosen. Eine Werst vor den Stützpunkten halte ich den Zug an und gehe ihnen entgegen. Ich eröffne die Verhandlungen und schlage ihnen vor, sich zu ergeben, widrigenfalls wir sofort ihre Transportzüge mit Artilleriefeuer beschließen würden. Die etwa dreitausend Mann zählenden Stützpunkten schwenken eine weiße Flagge. Aber es dauert nicht lange und sie gehen auf unsere Seite über. Nur eine unbedeutende Gruppe von Offizieren verbleibt mit dem Surlah an hängen, aber ihre eigenen Leute gestreuen sie mit Maschinengewehrfire.

(Fortsetzung folgt.)

Betrieb und Werkstatt.

Das wunderbolle Antreibersystem

bei der Firma Bahn & Kopolow, Neisse-Rendant.

Ein Muster von Pflichttreue und wohl der berühmteste Antreiber bei der Firma Bahn & Kopolow ist der frühere Obermeister Dreifner, von der Belegschaft „Fliegengift“ genannt. Dieser Herr bringt es fertig, Arbeiter, welche nicht auf seinen Pfiff hören und nicht tanzen, wie dieser Herr pfeift, mit Entlassung zu bedrohen. Während der Arbeiten beim Neubau und auch im Betriebe hat es uns Arbeiter überhaupt schon gebunden, daß sich Herr Dreifner nicht sein Bett bald mit in die Fabrik gebracht hat, denn wenn man, wie der Herr „Gist“ von früh 5 Uhr bis abends 10-12 Uhr „angestrengt arbeitet“ bzw. antreibt, so glauben wir, daß es Herrn Dreifner doch sehr schwer fällt, überhaupt noch den Weg nach seiner Wohnung zu machen.

Herr Dreifner glaubt wahrscheinlich, er könne so häufen wie während des Krieges, wo er als „Soldat der Stappe“ die Belegschaft nach seiner Herzenslust prügeln und fröhen konnte. Da aber Herr „Gist“ mit seiner „Spritale“ in der Schloßerei sehr wenig Kenntnisse entwickelte, wurde er zum „Meister der Spitzkolonne“ befördert, wo er glaubt, die Wut über die Verbesserung an uns Arbeitern auszulassen. Wir empfehlen dem Herrn „Gist“ „Kügges Umgang mit Menschen“ zu lesen. Mehrere Arbeiter.

Zustände auf dem fürstlichen Tiefbau in Waldenburg.

Wir berichten vor kurzer Zeit daß der Umstoß der fürstlichen Direktion (Brotfabrik, Tiefbau) dahin ging, die Zwölftunden-Schicht in diesem Betrieb einzuführen.

Im dem Widerstand der Arbeiter ist dies gescheitert. Das Antreibersystem mag auf dem Tiefbau noch nicht genug funktioniert haben, denn sonst hätte man nicht noch einen „Herrn“ Bergverwalter über Tage eingesetzt. Ob der neue Herr Fabian so ist, dem bekannnen, auf dem früheren Bahnschacht unter diesem Namen auftauchenden „Herrn-John“ noch überlegen sein wird, überlassen wir der Zukunft. Wir Arbeiter über Tage glauben, daß die Amtstätigkeit des neuen Herrn Bergverwalters darin besteht, die Schwere der Tagelöhner zu beobachten.

Ob vielleicht die hungrigen Bergarbeiter dem Tagelöhner in Punkt Führerschaft schon schlaflose Nächte bereitet haben, entspricht sich unserer Kenntnis. Dieser Herr Tagelöhner ritt über Tage herum wie ein Ziegenbock im Porzellanladen. Wir empfehlen der fürstlichen Verwaltung dem Tagelöhner den Titel eines Doktors der Medizin zu geben. Nach seiner Auffassung kann ein Mensch

16 Stunden ohne zu essen

arbeiten. Ob er die Uebertagearbeiter als Kamel ansieht, mag wohl an seiner großen Brille liegen. Bei einer Unterhaltung mit Arbeitern sagte dieser saubere Herr, er habe früher 16 Stunden gearbeitet, und sei

dicke und fett

geworden. Bei diesem Menschen möchte man sagen: „Herr gib Verstand, wo zu wenig ist, nimm weg, wo zu viel ist.“

Auch empfehlen wir, den Schmarotzer aus der Wäsche, welcher die Herren während der Arbeitszeit rasiert und frisiert, zum Aufseher zu befördern.

Nach den Aussagen des Direktor Benis ist das Werk nicht rentabel. Wir glauben dies der Verwaltung gern, wenn Ackerbau und Viehzucht während der Arbeitszeit von den anderen Beamten betrieben wird, und man einen höheren Beamten einsetzt, der über diese Missetände hinwegfiekt.

Mit einem Glück-Auf die in kurzem aus dem Betriebe herauszufindende

kommunistische Betriebszelle der Fürstlichen Gruben.

Der Prolet soll freieren.

Die Frauen brauchen keinen Arzt.

In Befolgung des neuen Reichsnappschaffgesetzes und der Zwangssetzung des Reichsarbeitsministers vom 30. November v. J. kommen alle auf Grund der ober-schlesischen Nappschaffsetzungen gewährten

Mehrleistungen ab 14. April in Wegfall.

Das Krankengeld und sonstige Leistungen werden ausschließlich auf Grund der in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Regelleistungen gewährt. Für die Mitglieder der ober-schlesischen Nappschaff bedeutet das eine ungeheure Verschlechterung. Das Krankengeld wird erst vom vierten Krankheitsstage an gezahlt. Die Krankengeldzuschläge für verheiratete Mitglieder fallen weg. Bei Lazarethbehandlung wird das Hausgeld nur in Höhe des halben Krankengeldes gewährt, das Taschengeld für Ledige fällt vollständig weg. Bei Unfallverletzungen beträgt sich in der 5. bis 13. Woche nach dem Unfall das Krankengeld auf zwei Drittel und das Hausgeld auf dreierdrittel des Grundlohnes. Das Sterbegeld beträgt das Zwanzigfache des Grundlohnes. Begräbnisbeihilfen beim Tode von Familienangehörigen (Ehefrau und Kinder) wird nicht gewährt.

Die Familienangehörigen der Mitglieder haben nur Anspruch auf Wochenhilfe, nicht mehr auf freie ärztliche Behandlung und auf Erstattung der halben Kosten der Arzneien, Brillen, Bruchbänder und andere kleinere Heilmittel. Die freie Zahnbehandlung fällt weg. Die Kosten einer etwaigen Krankenhausbildung sind von den Familienangehörigen selbst zu tragen. Außerordentliche Unterstützungen aus der Krankenkasse kommen in Wegfall.

Auch in der Pensionsversicherung treten bedeutende Verschlechterungen ein, Personen, die erst nach dem 31. Dezember v. J. leistungsberechtigt geworden sind, haben keinen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und auf Erstattung der halben Kosten für Arzneien, Brillen, Bruchbinden und andere kleinere Heilmittel. Außerordentliche Unterstützungen werden nicht gewährt.

Die Leistungen werden nabgebaut, aber an eine Herabsetzung der Beiträge denkt kein Schwein.

Die D.-S.-Nappschaff teilt im Schreiben vom 24. 1. 1924 mit, daß der Reichsnappschaffsverein den monatlichen Pensionsbeiträge ab 1. Januar 1924 in folgender Höhe festgesetzt hat:

- a) für männliche Pensionsmitglieder . . . 7.- RM
- b) für weibliche . . . 4.50
- c) für jug. männl. . . 3.50
- d) für . . . weibl. . . 2.25

Der Arbeitsbeiträge beträgt wie bisher 100 Prozent.

Bei Gegenüberstellung des Durchschnittsarbeitsverdienstes der einzelnen Arbeiterkategorien zu den Beitragsätzen ergibt sich folgendes Verhältnis:

In 26 verschiedenen Schichten und vier Beitragswochen entfallen auf Kranken- und Pensionsbeiträge:

1. bei jugendl. Arbeitern Untertage rund 25% ihres Arbeitsverdienstes	
2. Nebearbeitern 30%	
3. 10 ab 17 Jahre alt. Föberleuten 30%	
4. 18, 19 u. 20 22%	
5. 21, 22 u. 23 18%	
6. 24 15%	
7. 16 Tagearbeitern 30%	
8. 17 33%	
9. 18 27%	
10. 19 23%	
11. 20 20%	
12. 21, 22 u. 23 19%	
13. 24 18%	
14. 16 Arbeiterinnen 33%	
15. 17 36%	
16. 18 25%	

Demnach muß ein Arbeiter zu 2) — 7,5 Schichten, zu 7) — 9 Schichten, zu 14) — 9,5 Schichten zur Bezahlung der Krankentassen- und Pensionsbeiträge beitragen.

Wenn man geschätzte Beiträge mit den gewährten Unterstützungen vergleicht, so hat es gar keinen Zweck, seinen Empörung in Worten Luft zu machen. 20 Millionen Proleten müssen in Deutschland auf den Friedhof gebracht werden. Das Reichsnappschaffgesetz ist ein gutes Mittel dazu. Beim Abstimmungsrummel in D.-S. wurde den Proleten stets gesagt, sie sollen ja für Deutschland stimmen, weil Polen keine sozialen Einrichtungen kenne. Einige Leichtgläubige werden jetzt aus den Wolken fallen. Der deutsche Kapitalismus ist um nichts besser als der polnische.

Die Nappschaffsmitglieder in D.-S. haben in Versammlungen gegen die Einführung der neuen Satzungen protestiert und diesbezügliche Resolutionen angenommen. Eine Resolution hilft aber ebensowenig wie ein Stimmgeltek.

Die 20 Millionen Klassengenossen kann das deutsche Proletariat nur durch Beseitigung der Herrschaft des Großkapitals vom Tode retten.

Gewerkschaft.

Dumm geboren, nichts dazu gelernt.

In Langenbielau wurde in sämtlichen Betrieben ein Flugblatt mit einem Geklopfs — den wir leider hier nicht wiedergeben können — und nachstehendem Vers verbreitet:

Ich brauche keine Organisation.

Schau ihn an, so sieht er aus! Sproßling aus berühmten Haus. Soll ich seinen Namen nennen, Anmüt, jeder wird ihn kennen. Lange Ohren, schmeißt gern Untertwürfig, dient dem Herrn. Dumm geboren, arbeitswillig, Ueberstüchelt, schuftet billig. Nörgelt, faßelt, hat nen Klaps, Patriotet, süßelt Schnaps. Postenjägere, schimpft nach Notem. Auf die Bongen, auf die Koten. Duffaul, niedrig, überspannt, Scheit den Beitrag zum Verband. Kocht ihm der Verband das Essen, Kommt er, um für zwei zu fressen.

Diese Verse sind mehrere Jahrzehnte alt und legen ein bereites Zeugnis von dem geistigen Tiefstand der Flugblattverbreiter ab.

Jeder Künstler und Poet muß sich auch Kritik gefallen lassen. Aus Reichenbach erhielten wir eine auf das Flugblatt bezugnehmende Zuschrift. Diese ist an einen gewissen „Josef“ gerichtet und lautet folgendermaßen:

Reichenbach, den 15. April 24.

Lieber Josef!

Durch Zufall ist mir eines von deinen gemalten Selbstportraits in die Hände gekommen. Gestimmt habe ich über dein Talent. Du bist eine Abnormität auf diesem Gebiet. Guet Geschlecht wird stolz sein auf Dich, sie werden vor Freunden die Nase zusammenklagen. Raten würde ich Dir, Dich mehr auf diese Kunst zu legen. Du würdest es zu einem Raphael bringen. Versuch doch das nächstemal mit anderen Bierführern. Wie wäre es denn mit einem kleinen Weinbau? Das Bellen hast Du weg und die anderen Zugenben dieser Diers kennst Du ja auch; es zu zeichnen wird Dir bei Seinen Genie ein Leichtes sein.

Lieber Josef! Sollte Dir dies vielleicht zu anständig erscheinen, so verlusche es mit einem runden, dicken Vorstendieb, aber sehe nicht wieder Deinen Namen darunter, sonst geschicht's wieder wie bei Deinem ersten Meisterwerk. Ein Kollege von mir sah Dein Bild und rief aus: „Das ist Josef, wie er lebt und stirbt.“

Aber was den zweiten Teil, die Verse anbelangt, da bist Du nicht auf der Höhe. Du hast jubel Broden aus alter Zeit dabei. Du bist wohl ein großer Maler vor dem Herrn, aber noch dazu dichten, das ist jubel für Dich. Du müßtest Dir zuviel zu, lieber Josef, aber das ist der Ehrgeiz. Durch Dein Malfalent bist Du verdammt.

Im ersten Vers stellt Du Deine Person zu sehr in den Vordergrund. Ein Dichter muß bei seinem Anfang bescheiden auftreten, um zu Ruhm zu gelangen, dann wird er anerkannt.

Im zweiten Vers lobst Du nur Deine guten Eigenschaften, darüber entscheiden aber doch die Leser. Außerdem gebraucht Du den Ausdruck „dumm“. Derselbe ist nicht parlamentarisch und Familienangehörige plaudert man nicht aus.

Im vierten Vers ist nun die erste Zeile so leidlich, aber bei der letzten Zeile hast Du arg daneben gehauen. Dies schaltet Dich als Poet vollständig aus. Da bist Du gar noch Koch wie proletisch das klingt.

Lieber Josef! Ich bin der Meinung, Du arbeitest zu viel. Und viel und gut ist nicht bekommen. Deinen Fratz frist niemand zumal der Koch die besten Stücke frist, das Ueberbleibsel bekommen die anderen.

Also, lieber Josef, laß das Dichten sein blamiere Dich nicht, ein Schiller oder Goethe wird aus Dir nicht, das merkt man schon am Anfang.

Diese Kritik wird Dir ja mißfallen, aber ich meine es gut und ehrlich.

Lieber Graurod, ich will man schlichen, habe aber noch eine dringende Bitte. Solltest Du Dich in der Malerei weiter betätigen (was ich hauptsächlich Deines Talents hoffe), betriffst der beiden Vorschläge, die ich Dir gemacht, vergißt nicht mir je ein Exemplar zu übermitteln. Du wägst doch, Junge ver-

längert das Leben. Meinem Wunsche entgegengehend, geschä mit einem herzlichen 1-a Dein

Zum Flugblatt und zur Frage der Unorganisierten Stellung nehmend macht unser Berichterstatter folgende Bemerkungen: „Wer trägt die Schuld daran, daß heute im hiesigen Distrikt drei Viertel der Belegschaft den Verbänden den Rücken gekehrt haben? Die Taktik der Gewerkschaft! Die Wöhne der hiesigen Weber und Spinner betragen

8 bis 12 Mark wöchentlich

Vor circa 6 Wochen erklärte in einer Mitgliederversammlung des D.S.B. der Gauleiter Tritsch aus Plesch folgende:

„Wir werden versuchen, die hiesigen Wöhne zu halten, aber betreffs des Achtstundentages werden wir KonzeSSIONen machen müssen.“

Anstatt den Kampf um den Achtstundentag aufzunehmen wird noch vor den Verhandlungen erklärt:

„Wir geben den Achtstundentag preis.“

Breslau.

Sowjetkern gegen Vaterland.

Hunderterte von SPD-Arbeitern, Funktionären und Bonzen kamen gestern zum Minister Braun, der ihnen lenkdenahme Geschichten erzählte; Tausende von Arbeitern folgten den Kommunisten, die das Märchen von der Freundschaft zwischen Sowjetkern und Vaterland verforten und das kommunistische Programm entrollten. Die nationale Phrase der Deutschhollischen, die einen Krieg gegen Frankreich führen wollen, ohne Soldaten, ohne Waffen, ohne Verbündeten, wurde entkühlt. Der Kampf gegen Versailles erfordert die Herrschaft der deutschen Arbeiterschaft, die zusammen mit ihren russischen Brüdern und dem internationalen Proletariat ihren Boden verteidigen wird, wenn es wirklich ihr Boden geworden ist. Nicht Judenheße, Ausländerheße, Begünstigung der „Produktion“ Unternehmer und ähnliche Kleinbürgerphrasen, sondern Klassenkampf ist unsere Parole. Der donnernde Beifall, die Ablehnung der Diskussionsredner aus dem falschen Lager und der noch stärkere Beifall auf das Schlusswort unseres Genossen bewiesen, daß unsere Partei nicht nur über die SPD, sondern auch über die Böllischen zu siegen versteht. Der Sowjetkern besiegte das Vaterland.

Selbstmordepidemie auf dem Polizei-Präsidium.

Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat sich ein zweiter Beamter des hiesigen Polizeipräsidiums ebenfalls wegen Gehaltsverringerung das Leben genommen. Unter den Breslauer Kriminalbeamten geht ein Gewittergrollen umher. Die Gehälter werden abgebaut, Tages- und Speisengelder gekürzt und mancher wird ganz und gar auf die Straße gekickt. Dieser zweite Selbstmord läßt von einer Selbstmordepidemie auf dem Polizeipräsidium sprechen. Da wir Kommunisten für die Polizei bisher immer ein warmes Herz im Busen hatten, verzeichnen wir dieses mit innigster Anteilnahme und ehrlichem Trauergefühl.

Gerade den Kriminalbeamten sollte man das Leben nicht unnütz erschweren. Es ist der Gipfel der Gemeinheit, Kriminalbeamte zum Selbstmord zu treiben. Wenn das so weiter geht, wird am Ende das ganze Polizeipräsidium entzündet und der Polizeipräsident Kleiböhmer wird schließlich in eigener Person die Spitzhaken einfangen und die „Schlesische Arbeiterzeitung“ beschlagnahmen müssen.

Aus der Provinz.

Die Werbewoche.

Die Quartiermutter.

Emil sah am Tisch und schrieb. Er war illegal, schick heute hier, morgen dort und war nirgends vor der Verhaftung sicher. Ein Hundeleben war es, aber die Polizei war doch dumm. Das Spötteln über die Polizei und die Arbeit für die Partei waren seine einzigen Freuden.

Die drei Quartierburischen saßen am Tisch und spalteten Stat „Achtzehn!“ „Zwanzig!“ „Bierundzwanzig!“ „Weg!“ „Grün sichtig!“ „Trumpf!“ „Schneider!“ klangen die abgerissenen Worte burdeinander und lenkten Emils Aufmerksamkeit von seiner Arbeit ab. „Se, ihr Burischen!“ warf dieser den Bleistift beiseite, „wicht ihr denn tatsächlich keine bessere Beschäftigung? Hättet doch lieber etwas gelesen!“

„Nein, die lesen nicht,“ sagte die auf dem Sofa stehende alte Quartiermutter, „die kennen wochentags nur ihre Karten und Sonntags gehen sie zur Musik und kommen dann besoffen nach Hause.“ „Wir haben ja nichts zum Lesen,“ protestierte der eine Quartierburische. „Kannst du uns was geben?“

„Bestell doch die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“. Darin steht jeden Tag etwas, was auch als Arbeiter interessieren muß.“

„50 Pfennige wöchentlich? Nein, die haben wir nicht übrig.“ „Gelt, zum Saufen und zum Kartenspiel habt ihr Geld, aber nicht um eine Zeitung bezahlen zu können. Da war Emil doch anders als er noch auf der Grube arbeitete und von der Polizei nicht verfolgt wurde. Die ganze freie Zeit hat er nur gelesen und geschrieben, oder er ist in einer Versammlung gewesen. Auch drei Blätter hat er gehalten.“

„Und was hat er jetzt davon?“ frug herausfordernd der zweite Quartierburische. Ein Gefühl der Bitterkeit würgte Emil an der Kehle.

„Sie frecher Vammel Sie!“ fuhr die Quartiermutter auf, „für uns alle hat er sich aufgeopfert und Sie wollen ihn jetzt noch verhöhnen? Er hat für höhere Löhne gekämpft, damit ihr was zu fressen habt. Und muß sich jetzt das Hundeleben gefallen lassen.“

Die Quartierburischen schwiegen verlegen.

„Ich werde euch jetzt strafen!“ sagte jortig die Quartiermutter, „ich werde das kommunistische Blatt bestellen und ihr werdet es bezahlen. Geld, Emil, Sie besorgen mir das!“

„Aber selbstverständlich!“ sagte Emil, sich über den Kopf der alten Mutter im Innern freuend.

Madon. Verammlung der SPD. Am Mittwoch, den 9. April, sprach der Landtagspräsident in einer öffentlichen Versammlung der SPD. Seine Ausführungen betrafen die Einwirkung der SPD auf die Arbeiterbewegung...

Frankfurt. Die Reichsbildung. In diesem, in Nr. 24 unserer Zeitung veröffentlichten Bericht erhalten wir folgende Zusätze: Seit gebräut Herr J. in Ihrem Bericht über die deutsche Verfassung in Frankfurt...

Die Beurteilung des Kampfes und Kriegswisses wird auch von uns geteilt. Beiragen kann man diese Erscheinungen aber nicht dadurch, daß man an die nicht vorhandene, demoralisierte und ungeschulten Arbeiterbewegung...

Obwohl Verammlung der SPD. Dazu hat Genosse Gehlert in Berlin geschrieben. Dieser sprach über unsere Einwirkung zum Parlament in den Sozial- und Gehaltsfragen...

3. Arbeiterdenkmaleinweihung! Am 1. Juni 1918 soll die große Einweihung einer mächtigsten Gedenkstätte der Arbeiterbewegung stattfinden. Die bisherigen Bestrebungen haben bereits das Programm vorgezeichnet...

Ein Major und ein General soll bei der Einweihung die große Rede lesen. Wir hören heute schon ihre mit Harassmenten gefüllte Rede. Warum überläßt man das nicht lieber denen, die die großen Reden...

Görlitz. Böllische Volksversammlung. Am Donnerstag, den 8. April, fand hier eine öffentliche Versammlung der Böllischen Partei. In dieser Versammlung sprach Herr Weich...

Achtung! Berichterstatter. Die Berichterstatterung aus der Provinz ist an der Zahl der Berichte gemessen, eine gute Anhäufung von Material sind wir gezwungen die weniger wichtigen Berichte mit einer Verzögerung von einigen Tagen zu veröffentlichen...

Die Berichterstatterung aus den Betrieben muß eine viel umfangreichere werden. Deshalb bitten wir unsere Berichterstatter um Folgendes: 1. Die Versammlungsberichte laßt fallen. 2. Die Berichterstatterung aus den Betrieben ausbauen...

Die Adresse des Berichterstatters und die Angabe, ob der Bericht mit den Anfangsbuchstaben gezeichnet werden soll oder nicht, ist nicht zu vergessen. Die Redaktion.

Die Bau. Es forderte unsere zweite öffentliche Versammlung statt die Bergwacht führe gegen uns einen scharfen Kampf. Statt zu den verlässlichen kleinen Sachen ausgeframt, die nur für die Bergwacht von Bedeutung sind...

Janer. Die SPD im Wahlkampf. Am Mittwoch, den 9. März, eröfnete die von mir als Sozialdemokratische Partei in unserer Stadt der Wahlkampf. In den einleitenden Worten verleihe der Berichterstatter aus ihrer Niederlage in...

Wer da will, daß die Arbeiter hungern sollen, der wähle SPD. Wer da will, daß hungernde Arbeiter erschossen werden, der wähle SPD. Wer da will, daß die Arbeiter weiterhin die größten Steuerlasten tragen sollen, der wähle SPD...

Schönberg. Knüttel-Kunze auf dem Gimpel. In der ersten Sitzung der SPD wurde man an jeder Ecke, an jeder Straße große und kleine Plakate mit der Aufschrift: Wer den Weg zur Rettung will, den komme am Dienstag, den 3. März, in den Vortrag des Herrn Gehlert...

Mittelsbach. Es lebe die R.P.S. Wir erhalten folgende Zusätze: Das die SPD keine Mittel hat, um gegen die ihr so verhassten Kommunisten zu kämpfen, zeigte die uns am Dienstag, den 3. März, im großen Saal der Arbeiterbewegung...

Der alles möchte ihnen unter Genosse Köhler von der Partei über im Lager liegen, und so hielt man Mittelsbach für denjenigen Ort, von dem aus, welcher künstlich geformt wurde, zum Durchbruch kommen sollte...

Entschädigung und lahmere Verteidigung der sauberen Politik der SPD. bisher getrieben hatte. In der Diskussion sprach von unierer Seite die Genossen Schulz und Köhler, die uns herausfordernd Teil der Versammlung die verdrängte Tätigkeit der SPD brandmarkten...

Rangenberg. Volksversammlung der SPD. Am Mittwoch, den 9. April, fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, die sehr gut besucht war und in der Genosse Landtagspräsident Rolf Wolfstein über das Thema 'Lehn- und Verrent der SPD' referierte...

Durch diesen Verrat hat der 'Vorwärts' die bürgerliche Meinung auf unsere Führer gehetzt. Karl, Rosa, Radek und Kumpant, 3 ist keiner dabei, 3 ist kein!

Als die Kommunisten damals auf die Gefahr von rechts aufmerksam machen und zum Generalstreik aufforderten, erklärte der ganze sozialdemokratische 'Vorwärts'...

Die Werbetätigkeit unserer Genossen am 1. Tag

Erfolgt mit Beginn der Werbeweche setzte allorts ein recht angenehmer, auffallender Rückgang unserer Genossen ein, die unbedingt Nachschub fordert...

Table with 4 columns: Genosse, Ortsgruppe oder Betrieb, Name, Genosse, Ortsgruppe oder Betrieb, Name. Rows include Görlitz, Breslau, Radek, Breslau, Gleim, etc.

Der proletarische Genossenschaftler

VSPD-Schandpolitik an der proletarischen Genossenschaftsbewegung Ein Beitrag zur Genossenschaftswoche vom 10.-17. April

Die Genossenschaftspolitik der VSPD ist vielleicht das typischste Beispiel der Praxis systematischen Sozialverrats von Führern. In der Intensität an Mißachtung jeglichen proletarischen Grundsatzes übertrifft sie weit diejenige der Gewerkschaftsführer.

Es handelt sich dabei um den allgemeinen Vorwurf, daß die starke proletarische Genossenschaftsbewegung in Deutschland, (die im „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ 3 1/2 Millionen Mitglieder zählt in 1350 Konsumvereinen, mit mehr als 8000 Läden und einer Presse von über 1 Million Exemplare) niemals eingesetzt worden ist auch nur für die geringste proletarische Aktion im Existenz- und Klassenkampf. Im Gegenteil, die Zentralinstanzen haben systematisch den Einfluß der Genossenschaften dazu benutzt, bewußt die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse zu lähmen und ihre Positionen zu schwächen. Wo auch nur immer Gelegenheit dazu war, den Genossenschaftsapparat zu verwenden zum Abbau der Revolutionserrungenschaften, ist dies geschehen.

Diese Praxis entspricht der allgemeinen politischen Linie der VSPD. Hier, mit der Genossenschaftsbürokratie, hat sie sich jedoch ein Instrument geschaffen, das nicht nur verhängnisvoll auf die allgemeine Situation einwirkte, sondern das in bezug auf die spezielle Genossenschaftsfrage selbst zu einem buchstäblichen Ruin der Konsumvereinsorganisation geführt hat.

Für diese Anklage nachstehend der Beweis: Zunächst über die direkte Genossenschaftspolitik der Partei als solche, die kräftig mitgeholfen hat durch Umsatzsteuer und Kreditverweigerung, die Konsumvereine zu ruinieren. Dann ein kurzes Sündenregister der Genossenschaftsführer, welche in überwiegender Zahl politisch in der VSPD organisiert sind und demgemäß unter der politischen Direktive und Verantwortlichkeit der VSPD stehen.

1. Der Verrat in der Umsatzsteuerfrage.

Für den Wahltag am Wahltag ist natürlicherweise die VSPD bounruhigt über die Folgen der vollständigen Preisgabe des Konsumvereinsinteresses in ihrer Steuerpolitik. In dem soeben erschienenen „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ (Berlin 1924, Buchhandlung Vorwärts) ist deshalb ein besonderes Kapitel über „Die Konsumvereine und Umsatzsteuer“ auf Seite 97. Dort wird zuerst frischweg gelogen:

„Es ist ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion bei den Fragen der Konsumvereinsbesteuerung unbedingt das Interesse der genossenschaftlich organisierten Verbraucher wahrzunehmen sucht.“

Es war im März 1922, als auf Betreiben der Kommunisten — die schon seit dem Mai 1921 die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer propagierten, und zwar damals sogar gegen den Widerstand der Genossenschaftsinstanzen! — im Reichstag und preußischen Landtag der Antrag auf Steuerfreiheit für die Konsumvereine gestellt wurde. Die Sozialdemokratie stimmte gegen beide Anträge und sie wurden abgelehnt. Das Fachorgan, „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ schrieb damals:

„Man hat die Genossenschaften kurzerhand geopfert, — im Volke sagt man minder höflich *verraten und verkauft* — weil sonst die politischen Vertreter der Handels- und Gewerkekreise das ganze Steuerkompromiß hätten scheitern lassen. ... Jedem steht also fest, daß die Vertreter der Nicht-Besitzenden sich diesem Erpressungsversuch auf Kosten der von ihnen vertretenen Millionen von organisierten Verbrauchern gebeugt haben.“

Das ist also nicht unser Urteil gegen die VSPD, sondern das Urteil von einem der fanatischsten Kommunistenressoren. *Trotzdem wagt es diese VSPD, immer noch, sich als Schutzpartei der Konsumvereine hinzustellen. Es ging damals eine große Prolesbewegung durch die Massen der Konsumvereinsmitglieder, weil sie hier einmal mit aller Deutlichkeit gesehen hatten, wie kurzerhand die VSPD, das Proletariat verrät und verkauft. Das haben die proletarischen Konsumenten natürlich noch nicht vergessen! — Jetzt kommt nun das Wahl-Handbuch und gibt folgende bescheidene Erklärung ab, daß damals „das ganze Vaterland wegen dem Steuerkompromiß“ doch in Gefahr gewesen sei:*

„Da nun das Scheitern des Steuerkompromisses von nachteiligster außenpolitischer Wirkung und damit auf die innere und wirtschaftliche Lage des ganzen Volkes gewesen wäre, verzichtete die Fraktion im Reichstage auf die Einbringung eines Antrags.“

Lügner! Denn ohne außenpolitischen Hintergrund — nämlich am 17. November 1922 — wiederholte die VSPD, denselben Verrat. Für die in immer größere Not geratenen Konsumvereine, für die Heinrich Kaufmann bereits den bevorstehenden Bankrott anmeldete, beantragte die KPD, im Reichstag erneut die Befreiung von der Doppelsteuer. Auch hier wiederum stimmten die Sozialdemokraten — obwohl Genosse Koenen ihnen die katastrophale Krise in den Genossenschaften und ihre Strangulierung durch die Umsatzsteuer sehr deutlich vorgeführt hatte — erneut gegen den kommunistischen Antrag. Der Sozialdemokrat Kahmann erklärte damals aus lauter Verlegenheit, daß „sobald es die finanziellen Verhältnisse des Reiches und der Gemeinden irgendwie zulassen (die Milliarden für Polizei, Militär, Pfaffen, Agrarier und dergleichen ausgab! Red.) unsere erste (!) Aufgabe sein muß, diese roh wirkende Umsatzsteuer zu beseitigen.“ Eine unerhört verantwortungslose Politik gegenüber den proletarischen Konsumvereinen, von der schon seinerzeit im März Kasch geschrieben hatte:

„Wer in dieser ersten Frage versagt, aus parteitaktischen Erwägungen umkippt, ... der vertritt den Anspruch auf den Namen eines Volksvertreters und auf das künftige Vertrauen der Millionen organisierter Verbraucher.“

Diese unangenehmen Tatsachen werden jetzt natürlich bei der Wahlpropaganda zu vertuschen versucht und es ist wieder das Wahl-Handbuch, das deshalb fix eine Lüge fabriziert. Man habe nämlich diese einzelne Materie der parlamentarischen Technik wegen nicht herausnehmen können und daß der Antrag „nur ein Agitationsscherz der Kommunisten“ gewesen sei:

„Die Fraktion lehnte deshalb die agitatorische Spiegelfechterei der Kommunisten ab, was zu dem künstlich konstruierten Vorwurf führte, die VSPD, habe nun auch die Konsumvereine verraten.“ Die Lächerlichkeit dieses Vorwurfes ist hinlänglich beleuchtet.“

Kahmann hatte damals jedoch versprochen, daß die VSPD, im November oder Dezember selbst einen Antrag zur Entlastung der Genossenschaften einbringen werde. Das geschah dann tatsächlich auch ein halbes Jahr später, am 19. Juni 1923, nachdem die gesamt-politische Konstellation jegliche Annahme unmöglich gemacht hatte.

Plötzlich war nun wieder eine gute Gelegenheit. Am 15. August wurde dann der Sozialdemokrat Dr. Hillerding Reichsfinanzminister. Aber immer noch geschah nicht das Versprochene zur Rettung der Konsumvereine, die in eine immer fürchterlicheren Katastrophe gerieten. Auf einmal dann, im Okt. 1923, ist von Hillerding die Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 2 Prozent erhöht worden — ohne die Konsumvereine anzunehmen oder zu befreien. Schließlich kam das Ernüchterungsgesetz mit Hilfe der Sozialdemokratie und die Umsatzsteuer wurde auch für die Konsumvereine weiter erhöht auf 2 1/2 Prozent.

Wir Kommunisten haben nun erst neuerdings wieder — am 11. März 1924 — im sächsischen Landtag den Versuch gemacht, die Sozialdemokraten zu bewegen, eine Kampagne für die Auf-

hebung der Umsatzsteuer mitzumachen. Aber auch hier glatte Ablehnung bei der Sozialdemokratie! So sieht also die sozialdemokratische „Wahrnehmung der Konsumenteninteressen“ in Wahrheit aus — nichts als eine Kette von Sozialverrat.

2. Die Verweigerung zinsfreier Darlehen.

Als wir Kommunisten sahen, daß das Einkommen der verelenden Proletariermassen unüblich mehr ausreichte, mittels der *Nur-Selbsthilfe* die Konsumvereine über Wasser zu halten, und als man teure und verderbliche *Bankkredite* herinholte, propagierten wir die Inanspruchnahme öffentlicher Kredite von Reich, Staat und Gemeinde, um die Existenz der Konsumvereine zu gewährleisten. Diese Parole der Staatskredite fand nicht nur bei den sozialdemokratischen Genossenschaftsführern den heftigsten Widerstand, sondern auch die VSPD, als solche lehnte glatt jegliche Hilfeleistung dieser Art für die Arbeiterkonsumvereinsbewegung ab. Unsere Fraktion hatte schon am 13. März 1922 im preussischen Landtag den Antrag gestellt, den Arbeiter-, Konsum- und Produktivgenossenschaften zur billigen Warenversorgung der arbeitenden Bevölkerung 500 Millionen Mark (1 Dollar = 263. — Mark) zinsfrei zur Verfügung zu stellen und darauf hinzuwirken, daß auch vom Reich namhafte Mittel gegeben würden. Als der Antrag zur Behandlung kam, konnte zwar die SPD, gegen die Ausführungen unserer Genossen *Kütz* und *König* nichts einwenden, aber sie verlangte, daß die Worte „Arbeiter- und zinsfrei“ gestrichen würden, damit auch den großagrarisches Genossenschaften dieser Kredit zur Verfügung stehe. Es wäre natürlich auch fürchterlich gewesen, wenn der preussische Staat, der Milliarden an Polizei- und Pfaffengehältern ausbleibt, wirklich 20-25 Millionen Mark Zins zur Verbilligung der Lebensmittel für die proletarische Bevölkerung verloren hätte. So kam der Antrag zu Fall! In unzähligen *Gemeindeparlamenten* hat sich dasselbe dann wiederholt, indem die Sozialdemokraten gegen die kommunistischen Anträge auf Gemeindegeldkredite stimmten.

Ein besonders bezeichnender Fall ereignete sich nun noch in *Sachsen*. Dort hat unsere Fraktion am 19. Mai 1923 den Antrag gestellt, jeder sächsischen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-genossenschaft den zinsfreien Betrag ihres einzelnen Stammanteils als Kredite zu geben. Die sozialdemokratische Regierung hat sich ein Jahr lang um diesen Antrag herumgedrückt. Am 11. März 1924 — nach zehn Monaten — schließlich wurde der Antrag vom Plenum in eine Kommission verschleppt, die die VSPD erklärte, daß erst einmal untersucht werden müsse, ob und inwieweit der Staat in der Lage sei, Gelder zur Verfügung zu stellen. Obwohl es also die SPD in der Hand hatte — da der Antrag die Mehrheit bekommen hätte — lehnt sie auch heute noch die so dringende Hilfe für die heruntergewirtschafteten Konsumvereine ab.

3. Sozialdemokratische Genossenschaftspolitik.

Schlimmer noch als die dieses Verhalten in den Parlamenten hat sich die *Genossenschaftspolitik der sozialdemokratischen Genossenschaftler* innerhalb der Konsumvereinsbewegung selber ausgewirkt. Auch dies alles geschah unter den Augen der VSPD und ihrer Presse, obwohl schon seit 1910 ein Beschluß der *II. Internationale* vorliegt, daß sich die Sozialdemokratie um die Genossenschaftsbewegung zu kümmern hat.

Besonders verhängnisvoll war neben der genannten Steuerpolitik die *arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik*, wo mit den Händlern und Agrariern von seiten der Genossenschaften Armut und Armut eingekauft wurde, gegen die Wirtschaftspolitik der freien Gewerkschaften, gegen die Kommunalisierung und Sozialisierung, gegen die gebundene Wirtschaft, und gegen die Zukunftserschaffung. Sogar für den Wiederbeschaffungspreis haben sich die Genossenschaftsinstanzen eingesetzt. In ihren Betrieben haben sie einen *Unternehmer-Scharlachgeist* geübt, der jeder Beschreibung spottete nicht nur, daß die *Betriebsräte* schikaniert wurden und man schon 1922 auf dem Genossenschaftstag ihre Rechte wieder beseitigen wollte, nicht nur die politischen Maßnahmen von KPD und USPD-Angebotenen, sondern vor allem auch die totale *Aussparung der Betriebsräte* in der *Verkaufsgesellschaft* (erst im Januar — im gemeinsamen mit dem *Unternehmerverband* den Achtstundentag zu beseitigen! — sind die

Dein Programm

für die Genossenschaftswoche vom 10. bis 17. April

Genosse, Genossin!

1. Bist du Mitglied im Konsumverein? Und deine Frau?

Bitte, melde dich morgen bestimmt im Konsumverein an und frage jeden Parteigenossen, ob er Mitglied ist und veranlasse ihn, sich zu melden. — Wie kann das klassenbewußte Proletariat die Konsumvereine erobern, wenn es noch zahlreiche Genossen gibt, die überhaupt nicht Mitglied sind?

2. Ist in eurem Verkaufswahlbezirk eine Versammlung während der Genossenschaftswoche?

Wenn keine ist, veranlasse doch heute noch, daß ein Lokal festgemacht und eine Versammlung für den Bezirk einberufen wird. — Denn wenn wir nicht systematisch daran gehen, allen Konsumvereinsmitgliedern zu zeigen, was für ein Sozialverrat in den Konsumvereinen getrieben worden ist, können wir natürlich nicht von ihnen verlangen, daß sie etwas dagegen tun.

3. Wie ist eure letzte Konsumwahl gewesen?

Genossen, es ist doch eine Schande, daß die Sozialverräter gerade noch in den Genossenschaften derartig herrschen und die Konsumvereine zu den Bollwerken ihrer reaktionären Politik machen. —

4. Habt ihr Bericht von der Hallenser Konferenz?

Sorgt dafür, daß auf der nächsten Konsumerversammlung genauer Bericht gegeben wird über die Oppositionskonferenz am 24. Febr. in Halle und laßt es nicht zu, daß die Genossenschaftsbürokratie die Opposition totschweigt. Fordert von der Verwaltung klipp und klar eine Erklärung, ob sie für oder gegen das proletarische Genossenschaftsprogramm ist! — Ist sie dagegen, dann zum Teufel mit ihr, dann hat sie in ihrer Organisation von Proleten nichts mehr zu suchen.

5. Wißt ihr, daß im Mai die Genossenschaftstage in den einzelnen Unterbezirken sind?

Konsumvereinsmitglieder!

Habt ihr schon in einer Konsumerversammlung Stellung zu der Tagesordnung genommen und Delegierte gewählt? — Genossen, ihr dürft nicht mehr zulassen, daß die Bonzen jedesmal ihre Delegierten hinter dem Rücken der Mitglieder schicken und daß sie dort Anschauungen vertreten und Beschlüsse fassen, daß jedem Proletarier die Haare zu Berge stehen müssen. — Verlangt, daß die *Delegierten durch Verhältniswahl in den Konsumversammlungen direkt gewählt* werden, wie es in jeder Partei, Gewerkschaft und in den sonstigen Arbeiterorganisationen üblich ist.

6. Studiert die Genossenschaftsfrage!

Genossen! Ihr müßt euch Genossenschaftsliteratur beschaffen und sie studieren. Es geht nicht so weiter, daß viele Genossen über Partei- und Gewerkschaftsfragen glänzend Bescheid wissen und über die Genossenschaftsfrage überhaupt nichts. In unserer kommunistischen Buchhandlung findet ihr *mehrere Genossenschaftsbroschüren* vorrätig. Außerdem müßt ihr den *Kommunistischen Genossenschaftler* abonnieren und das *Bulletin der Kooperativsektion der Komintern*, das seit März auch in deutscher Sprache

teile und die Spargelder streichen, stellt sie auf 100 Prozent aufzuwerten, so ist die verhängnisvolle reformistische Genossenschaftspolitik daran schuld.

Charakteristischen Merkmale der sozialdemokratischen Genossenschaftspolitik. Dazu kommen die Konflikte mit den Gewerkschaften, sobald öfters Streiks vorkamen und sogar Zusammenstöße mit ganzen Gewerkschaften, wie mit den *Bäckern* (wegen der Einführung der Nachtarbeit) und den *Buchdruckern* (wegen dem Achtstundentag) Konflikte entstehen.

Das alles geschieht, wie gesagt, nicht nur unter den Augen der VSPD, sondern unter ihrer ausdrücklichen Billigung, da weder die Presse noch die Parteitage dagegen Stellung genommen haben.

Als besonderes Kapitel wäre hier noch der *Chauvinismus* innerhalb der Genossenschaften zu erwähnen. Dieser geht so weit, daß es die ehrenwerten Genossenschaftsführer ablehnen, auf internationale Genossenschaftsbesprechungen zu gehen, weil sie im „Feindesland“ Jögen und daß sie sogar die Teilnahme an der ersten internationalen genossenschaftlichen Weltausstellung in Gené im kommenden Juni, sowie die Teilnahme an dem nächsten internationalen Genossenschaftskongress im September ebenfalls in Gené verweigern wollen, beide Male, weil es *Belgien* ist und „die Erbfeinde die Ruhr besetzt halten“. Ganz zu schweigen hier von der dummdreisten *Rußlandpolitik*, dem Kampf gegen die *Internationale Arbeiterhilfe*, die *Rote Hilfe* usw., wo allerdings die Genossenschaftler natürlich nicht die VSPD-Leute übertrumpfen können, weil das unmöglich ist.

4. Brutalste Vergewaltigung der Mitglieder.

Jeder Leser wird denken, wie ist das überhaupt möglich, daß eine derartige Genossenschaftspolitik getrieben werden konnte. Des Rätsels Lösung ist sehr einfach. Durch ein raffiniertes System der systematischen Betörung und Unterdrückung der Mitgliedermassen ist das tatsächlich möglich gewesen. Die Genossenschaftsbonzen haben es fertig gebracht, erstens einmal die Mitglieder vollkommen uninteressiert an der Genossenschaftsfrage zu machen (langweilige Versammlungen, Genossenschaftszetelungen mit bloßem Inhalt) und zweitens ihre Schandpolitik nur in lauklen Kammern zu betreiben und weder in ihrer Presse, noch auf Tagungen darüber wahrheitsgetreuen Bericht zu erstatten. Wo von kommunistischer Seite die Vorgänge enthüllt wurden, da wurde der ganze Instanzapparat mobil gemacht und die Kritiker als Lügner und Verleumder beschimpft. Auf dem letzten Genossenschaftstag im Juni 1923 in Görlitz gingen die Bonzen sogar so weit, daß sie einen Antrag stellten, wonach als stimmungsbrechende Delegierte auf die Genossenschaftstagen überhaupt keine einfachen Mitglieder mehr dürfen, sondern lediglich noch Verwaltungsmitglieder der Konsumvereine. Obwohl gegen diesen neuesten Schandstreich zunächst eine große Erregung war, trachten es doch die Sozialdemokraten fertig, ein einseitiges Kompromiß zustande zu bringen, wodurch der Fall beigelegt wurde. Die „Demokratie“ sieht jetzt so aus, daß Vereine, mit 3-4 Delegierten auch einfache Mitglieder delegieren können. Wie sehr man das Licht der Öffentlichkeit scheut, zeigen auch die Vorgänge auf Genossenschaftstagen, wo dem Berichterstatter unseres „Kommunistischen Genossenschaftler“ der Zutritt verweigert wurde, oder wie in Dessau 1922, wo man ihn aus dem Verhandlungsraum hinaus — prügelte! So sehen diese Genossenschaftsdemokraten in Wirklichkeit aus: Brutale Bonzen, die vor der übelsten Hansburschenmethode nicht zurückschrecken, wenn sie sich in Gefahr fühlen. Gar nicht davon zu reden, mit welchen Kniffen heute die Wahlen vorgenommen werden, um ihrer Kohorte die Mehrheit zu sichern.

5. Die proletarische Opposition marschiert.

Daß in dieser Atmosphäre ein guter Wachboden für die proletarische Opposition ist, versteht sich. Am 24. Februar fand in Halle eine Oppositionelle Genossenschaftskonferenz statt, auf der sich gezeigt hat, daß breite Massen der Konsumvereinsmitglieder in scharfem Konflikt gegen diese Instanzendiktatur und diese sozialverräterische Genossenschaftspolitik stehen. Es sind vor allem die kommunistischen Genossenschaftler, welche seit Jahren in ihren Konsumvereinen und auf den Genossenschaftstagen gegen Reformismus und Opportunismus aufgetreten sind, und die sich jetzt genossenschaftsradikale Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter gesammelt haben. Seitdem diese Opposition nun in breiterer Front marschiert, monatlich eine umfangreiche „Genossenschaftszeitung“ (Bezug durch den Allgemeinen Konsumverein Halle) herausgibt und in einer Broschüre „Die proletarische Opposition in der Genossenschaftsbewegung“ (Verlag: Produktiv-Genossenschaft Halle) das theoretische Fundament und die geschichtliche Entwicklung der Opposition herausgearbeitet hat, sind die Zentralinstanzen zu einer infamen Hetze gegen die Opposition übergegangen. Ihre schon für Dezember geplante Konferenz hat man der Militärbehörde als „kommunistisch“ denunziert und ein Verbot erzwungen, und auch sonst hat man alle Mienen springen lassen, um unter Herrd Eberths Militärdiktatur das weitere Arbeiten unmöglich zu machen.

Aber die proletarische Opposition in der deutschen Konsumvereinsbewegung marschiert! Die vom 10.-17. April von ihr veranstaltete Genossenschaftswoche wird Tausenden von Proletarier zum ersten Male richtiges Verständnis und Einblick in die Genossenschaftsfrage verschaffen. Klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere proletarische Hausfrauen werden erkennen, daß diese Konsumvereine eine Bedeutung haben, von der sie bisher, dank dem reformistischen Genossenschaftsgeschwätz, überhaupt nichts gewußt hatten. Sie werden einsehen, daß diese Arbeitergenossenschaften ein wesentlicher Faktor im Befreiungskampf des Proletariats sind und daß es lediglich darauf ankommt, daß sich unter den Millionen Mitgliedern eine genossenschaftliche Bewegung umstellt und dem proletarischen Befreiungskampf dienstbar zu machen.

Diese Genossenschaftswoche muß eine vollkommen klare und eindeutige Stellung zur Genossenschaft bringen:

- Jeder muß Konsumvereinsmitglied sein!
- Jeder muß am Genossenschaftsleben aktiv teilnehmen!
- Jeder muß die Genossenschaftsfrage gründlich studieren!
- Jeder muß mitteilen, daß in allen Konsumvereinen schleunigst Schluß gemacht wird mit der SPD-Bonzenwirtschaft!
- Jeder muß dafür sorgen, daß es in Deutschland in kurzer Zeit eine klassenbewußte, proletarische Konsumvereinsbewegung gibt die die Kraft hat, eine entscheidende Rolle im Existenz- und Klassenkampf zu spielen!

6. Zahltag am 4. Mai.

Proletarische Konsumvereinsmitglieder, sorgt dafür, daß nicht nur jetzt schleunigst in jedem Konsumverein der Genossenschaftsbürokratie die Rechnung für ihre schändbare Politik überreicht wird, sondern daß insbesondere auch zur Reichstagswahl am 4. Mai jedes Konsumvereinsmitglied seine Quittung für den Sozialverrat abgibt.

Erinnert euch am 4. Mai daran, daß es die *sozialdemokratischen Genossenschaftsführer* und die *VSPD, als Partei* gewesen sind, die die Schuld daran tragen, daß in jedem Konsumverein *preis 2 1/2 Prozent Umsatzsteuer* und in den meisten Fällen das *Vielfache eingerechnet* sind! — *Erinnert euch daran, daß in den Preisen heute maßlose Zinsen für Bankkredite eingerechnet* werden müssen, weil die kommunistischen Anträge auf öffentlich zinsfreie Kredite abgelehnt worden sind! — *Erinnert euch daran, daß eure Anteile zum Teufel gingen, weil man keine öffentlichen Kredite, wie die Kommunisten es verlangten, während der Inflationszeit hereinnehmen half!* Wenn die Konsumvereine heute auf Grund der Hamburger Parole teilnehmen an der *Erprobung der Proleten* indem sie rundweg die *Genossenschafts-Konsumvereinsmitglieder* wählt am 4. Mai, auch in Interesse der proletarischen Genossenschaftsfrage

zur Kommunistischen Partei

